



Kostenkontrolle 6,799 Millionen Franken

Von Urs Paul Engeler

Derzeit ducken sich die Mitglieder des Nationalrats vor einem wahren Tsunami an SMS, die unbekannte Absender losgetreten haben. Alle Kurzmitteilungen sind streng fünfteilig: Anrede, Alter des Absenders, Nachricht, Forderung und Gruss. Die stereotypen Nachrichten lauten etwa «Ich habe genug von Angriffen auf die Jugend», «Ich will eure Rechnung nicht bezahlen» oder «Sparen auf Kosten der Jugend = Die Zukunft verbauen». Die Forderung zum Schluss heisst dann meist: «Nein zu Taggeldkürzungen bei den Jungen!» Anlass für diesen Versand ist die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die auch eine Senkung der Leistungen für Jugendliche vorsieht. Der Rat entscheidet am 8. Dezember.

Finanziert und koordiniert wird die Handy-Aktion «Jugendliche sagen dem Nationalrat ihre Meinung!», die Betroffene als «Dauerbelästigung» empfinden, von vier Organisationen: der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), dem Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz (DOJ) und der Kinder- und Jugendförderung Schweiz (Infoklick.ch). Die genauen Anweisungen samt den Telefon-

nummern und E-Mail-Adressen der Parlamentarier sind, datenschutzrechtlich höchst fragwürdig, auf einer Website der Lobbygruppen zu finden.

Zu wenig Staatsgeld

Noch bedenklicher ist, dass die vier Pressure-Groups vom Geld des Bundes leben, der genau mit diesen Änderungen die Kasse sanieren will. 6,799 Millionen Franken zahlt allein das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Jahr für Jahr. Der Blick in die DOJ-Rechnung (die andern verdecken solche Angaben) zeigt, dass auch andere Ämter (etwa das Bundesamt für Gesundheit) kräftig spenden, so dass Bern diese Verbände zu 78 Prozent und mehr finanziert. Mit diesen Beiträgen wird dann Politik gegen die Politik des Bundes betrieben.

Offenbar stört das in Bern niemanden, im Gegenteil. Das BSV baut die Jugenddienststelle zu einem Kompetenzzentrum «Kindheit, Jugend und Familie» aus. Und das Budget soll von 6,799 Millionen auf stolze 8,4 Millionen Franken aufgestockt werden. Ein Betrag, der von den Jugendverbänden, die gegen die Bundespolitik opponieren, als «klar nicht ausreichend» und «ungerechtfertigt gering» attackiert wird. Weil das zu wenig Steuergeld ist, um für noch mehr Geld SMS zu versenden.